

# Frankfurter Aufruf: Wohnen muss bezahlbar sein!

In Frankfurt am Main sind bezahlbare Wohnungen auch für Normalverdiener knapp. Familien mit Kindern, Allein-erziehende, ältere Menschen, Studierende und Auszubildende finden in unserer Stadt kaum noch Wohnungen, die sie sich leisten können. Zusätzlich steigen Strom- und Heizkosten. Die Gefahr droht, dass immer mehr Menschen wegen der zu hohen Mieten aus der Stadt verdrängt werden. Diese Entwicklung muss gestoppt werden.

## **Daher fordern wir:**

**Bestehende Mieten müssen begrenzt werden, das gilt auch bei Neuvermietungen. Ziel ist ein Stopp der Mietpreisentwicklung.**

**Modernisierungsmaßnahmen dürfen nicht zu Mieterverdrängungen führen.**

**Die städtischen und unter Beteiligung der Stadt geführten Wohnungsunternehmen dürfen Mieten nur um einen symbolischen Beitrag erhöhen.**

**Der Genossenschaftswohnungsbau muss gestärkt werden. Wohnungsbauunternehmen in kommunaler Hand müssen im Auftrag der Stadt Wohnungen mit bezahlbaren Mieten bauen.**

**Alle Instrumente, die auf eine sozialverträgliche Steuerung des Wohnungsmarkts abzielen, sind auszuschöpfen. Dazu gehören: Erhaltungs- und Milieuschutzsatzungen für alle bedrohten Stadtgebiete und dortige Anwendung des Vorkaufsrecht der Stadt.**

**Wir fordern, die Stadt zu ermächtigen, für Milieuschutzgebiete einen Stopp gegen Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen einzuführen.**

**Einbeziehung sämtlicher Bestandsmieten bei der Erstellung des Mietspiegels, Verbot des Leerstehen-Lassens von Wohnraum sowie der Umwandlung von Wohn- in Büroraum. Bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist die Frist bei Eigenbedarfskündigung wieder auf 10 Jahre zu verlängern.**

DGB Stadtverband Frankfurt am Main; DMB Mieterschutzverein Frankfurt/Main e.V.; Initiative Zukunft Bockenheim; Interessenverband Mieterschutz e.V.; Mieter helfen Mietern Frankfurt e.V.; Mieterberatung Frankfurt e.V.; Mieterbund Frankfurt e.V.; Mieterverein Hoehster Wohnen e.V.; Nachbarschaftsinitiative Nordend-BornheimOstend; Sozialpolitische Offensive Frankfurt, Stadtversammlung der Frankfurter Katholiken; VdK KV Frankfurt; AWO KV Frankfurt; Aktionsbündnis für bezahlbaren Wohnraum; Kolpingwerk im Diözesanverband Limburg; Bildungsstätte Anne Frank; EVG Ortsverwaltung Frankfurt; GdP Bezirk Frankfurt; GEW Bezirksvorstand Frankfurt; IG BAU Bezirksverband Rhein-Main; IG BCE Bezirk Rhein-Main; IG Metall Verwaltungsstelle Frankfurt; NGG Region Rhein-Main; ver.di Bezirksvorstand Frankfurt am Main und Region; Frankfurter Jugendring; AStA Frankfurt University of Applied Sciences Frankfurt am Main.

Ich unterstütze diesen Aufruf an die Politik:  
(Bitte zurück an untenstehende Adresse)

Name:

Adresse:

Unterschrift:

---

V.i.S.d.P.: DGB Stadtverband Frankfurt am Main, Harald Fiedler, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt am Main, Fax: 069-27 30 05-79, e-mail: Frankfurt-Main@dgdb.de